

Protest gegen „Heuschreckeninvestoren“

Die Initiative „Patient-informiert-sich“, der Bayerische Hausärzterverband (BHÄV), und der Bayerische Facharztverband (BFAV) haben Ärzte und Patienten zu einer Großkundgebung gegen die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens in das Münchner Olympiastadion eingeladen. Die Buchautorin Renate Hartwig von „Patient-informiert-sich“ warnte in ihrer Begrüßung vor einem Verkauf unseres Gesundheitswesens an Kapitalgesellschaften. Mensch und Medizin dürften nicht zu einer Sache der Gesundheitsindustrie und deren Konzernen werden. Hartwig kritisierte besonders die im Gesundheitsbereich tätigen Unternehmensberatungen. Sie vermutete, dass die aktuellen Probleme im Gesundheitswesen bewusst gemacht worden seien, damit die Beratungsfirmen die gewünschten Lösungen präsentieren könnten. Sie forderte alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, gegen den Ausverkauf des Gesundheitswesens zu protestieren, sonst würde sich alles nur noch um Gewinn und Verlust, statt um Mensch und Medizin drehen.

Der Vorsitzende des BHÄV, Dr. Wolfgang Hoppenthaler, beklagte, dass es seit der großen Protestveranstaltung im Juni 2008 zu keiner gesellschaftspolitischen Diskussion zu diesem Thema gekommen sei. Es sei nichts geschehen, was den Einzug der Kapitalgesellschaften in das Gesundheitssystem verhindert hätte. Er bemängelte, dass der Ausverkauf des Gesundheitssystems still und heimlich weitergehe und sogar an Geschwindigkeit zunähme. Einige Politiker würden diese Entwicklung mit der Not-

wendigkeit von Einsparungen begründen. Hoppenthaler erklärte: „Haustarife für Angestellte, Stellenabbau, blutige Entlassungen, Fallzahlerhöhungen und Upcoding der Diagnosen sind die Funktionsschlüssel für eine im Sinne der Konzerne funktionierende Klinik“. Der Patient werde zum Objekt der Wertschöpfung und zur Gelddruckmaschine degradiert. Die Qualität der Pflege würde deutlich schlechter, aber die Aktien der Aktionäre würden wertvoller werden. Die Ausbeutung des Pflegepersonals sei ein Rückfall in das 19. Jahrhundert und der einstmalige freie und unabhängige Arzt werde pervertiert zum Medizinarbeiter. Hoppenthaler kritisierte auch die geplante Einführung der elektronischen Patientenakte. Diese werde als großer Fortschritt und Vorteil verkauft, in Wirklichkeit werde der „gläserne Patient“ von den kritisierten Kapitalmächten benötigt, damit das System der Abzocke reibungslos funktionieren könne. Hoppenthaler warnte eindringlich: „Die globale Speicherung aller Intimdaten aller Bürgerinnen und Bürger ist ein Orwellscher Alptraum“.

Auch eine Ärztin und ein Arzt berichteten von ihren jeweiligen negativen Erfahrungen im Umgang mit Kapitalgesellschaften im Gesundheitswesen. Hier werde der Patient als reine Cash-Cow gesehen und behandelt. Notwendig seien in solchen Firmen unter anderem Mindeststandards für das beschäftigte Personal.

Umrahmt wurde die Protestveranstaltung im Olympiastadion mit stimmungsvoller Musik der Bigband Lengdorf, einem Auftritt des Kabarettisten Bernd Regenauer und einer Theater-einlage. Sogar ein eigener Bürgerprotestsong wurde getextet und unter großem Beifall vor-

gestellt. Die Veranstalter freuten sich über eine gelungene Protestkundgebung, auch wenn die erwartete Teilnehmerzahl nicht erreicht wurde. Hoppenthaler kündigte kämpferisch an: „Wir werden auch nächstes Jahr wieder hier stehen, bis wir gehört werden“.

Jodok Müller (BLÄK)

Löwengebrüll auf dem Münchner Marienplatz

„Hier brüllt der Löwe!“ – so lautet der Slogan des Bayerischen Facharztverbandes (BFAV). Bei einer Kundgebung für ein gesundes und soziales Gesundheitssystem in Deutschland wurde zwar wenig gebrüllt, dafür wurde vielmehr dem angestauten Unmut lautstark mit einem Konzert aus Trillerpfeifen Luft gemacht. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl wurde vom BFAV ein Systemwandel im Gesundheitswesen gefordert. Der Gesundheitsfonds sei gescheitert und trotzdem halte die Bundesregierung unvermindert an diesem Bürokratiemonster fest.

Sprecher des BFAV warnten davor, dass die flächendeckende haus- und fachärztliche Versorgung, gerade für Menschen in ländlichen Regionen, extrem gefährdet sei. Die aktuelle Gesundheitspolitik und Lobbyisten würde die Ärzteschaft in einen unendlichen Bürokratismus treiben. Leidtragende seien die Patienten, deren Gesundheit auf dem Spiel stünde. Eine Industrialisierung des Gesundheitswesens auf Kosten von Patienten und Ärzten werde strikt abgelehnt. Der „Arzt um die Ecke“ müsse erhalten bleiben. Dr. Martin Roßbauer aus Degendorf forderte von den Politikern „maximale Transparenz im Gesundheitswesen“ und ein „direktes Vertragsverhältnis zwischen Arzt und Patient“. Dr. Ilka Enger, Vorsitzende des BFAV, betonte, dass es für die Ärzte in dieser Situation nur zwei mögliche Verhaltensweisen gäbe: Zu kämpfen oder zu resignieren. Der BFAV habe sich dazu entschlossen, zu den Kämpfern zu gehören. Es sei Aufgabe der Ärzte, die Patienten über die Industrialisierung im Gesundheitswesen, über Rabattverträge und das Millionenplus der Krankenkassen auf Kosten der Versicherten zu informieren und aufzuklären.

Bei der Informations- und Protestveranstaltung auf dem Marienplatz wurde auch einigen ausgewählten Politikern die Möglichkeit geboten, ihre Ansichten zur Gesundheitspolitik zu artikulieren. Dr. Karl Vetter, gesundheitspolitischer Sprecher der Freien Wähler, kritisierte die Regelleistungsvolumina als „puren Sozialismus“. Gesundheitsminister Dr. Markus Söder (CSU) bezeichnete gleich das gesamte Gesundheitswesen als „Sozialismus“. Notwendig und



Zirka 15.000 Ärztinnen, Ärzte, Patientinnen und Patienten aus ganz Bayern protestierten an einem spätsommerlich schönen Septembersonntag im Münchner Olympiastadion gegen den Ausverkauf des Gesundheitswesens an „Heuschreckeninvestoren“.



Aufgebrachte Fachärztinnen, Fachärzte, medizinische Mitarbeiter und Patienten demonstrieren auf dem Münchner Marienplatz für einen Systemwandel im Gesundheitswesen.

sinnvoll wäre aber eine „soziale Marktwirtschaft auch in der Gesundheitspolitik“. Söder forderte: „Die Basis ist der niedergelassene Arzt und den müssen wir stärken“. Das komplizierte und überregulierte Honorarsystem müsse auf neue Füße gestellt werden. Es dürfe nicht sein, dass ein Arzt im Durchschnitt sieben Minuten Zeit für einen Patienten habe und dann 14 Minuten für die Bürokratie brauche.

Die Demonstranten unterstützen die Forderungen des BFAV nicht nur lautstark mit Ap-

plaus, Trillerpfeifen und Ratschen, sondern zeigten ihre Unzufriedenheit auch auf vielen selbstgebastelten Transparenten. Darauf wurde zum Beispiel davor gewarnt, dass die Gesundheitsreform die Patientengesundheit gefährde. Die E-Card solle gestoppt werden und die freie Arzt- und freie Kassenwahl wurde gefordert. Der Verlust der wohnortnahen Facharztversorgung wurde symbolisch in einem schwarzen Sarg zu Grabe getragen.

Jodok Müller (BLÄK)

Fachärzte diskutieren mit Politikern

Die Gemeinschaft Fachärztlicher Berufsverbände Bayerns (GFB) lud im September Politiker verschiedener Parteien zu einer Diskussion mit niedergelassenen Fachärzten ein. Vertreter von CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen unterstützten wesentliche Forderungen der niedergelassenen Fachärzte in Bayern. So werde der Gesundheitsfonds abgelehnt, die Honorarverteilung solle wieder re-regionalisiert werden und für den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) würden Auflagen gefordert. Gesundheitsminister Dr. Markus Söder (CSU) meinte dazu: „Ich gehe davon aus, dass der Gesundheitsfonds und die Honorarverteilung unter den Ärzten nochmals angefasst werden, und zwar mit der FDP zusammen“. Die Politiker von CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bezeichneten MVZ als eine Gefahr für die Facharztpraxis, sofern sie nicht in der Verantwortung von Fachärzten sind, sondern Klinikketten und Kapitalgeber das Sagen hätten. Eine wohnortnahe und flächendeckende Facharztversorgung wäre dann nicht mehr gesichert.

Söder kritisierte auch § 116b Sozialgesetzbuch V (SGB V), in dem die ambulante Versorgung für die Krankenhäuser geöffnet wird. Diese Regelung sei laut Söder für die niedergelassenen Fachärzte ein echtes Problem. In Bayern gehe man aus Sicht der Kliniken sehr restriktiv mit diesem Paragraphen um. Eine Präzisierung sei notwendig.

Anzeige

Mit uns behalten Sie den Überblick

... wenn es um Ihre Privatabrechnung geht. Unsere Profis betreuen seit fast 30 Jahren 1700 Kunden in ganz Deutschland. Erstklassige Referenzen geben Ihnen die Sicherheit mit einem kompetenten Partner zusammen zu arbeiten. Fragen Sie nach und testen Sie uns ohne Risiko mit „Geld-zurück-Garantie“!

TELEFON

089 14310-115

Die GOÄ-Experten.

Herr Wieland www.medas.de



MEDAS privatärztliche Abrechnungsgesellschaft mbH

Michael Wendl, Gesundheitsexperte der Partei Die Linke, trat ebenfalls für eine wohnortnahe Versorgung durch niedergelassene Fachärzte ein. Er befürchtete einen zunehmenden Verdrängungskampf zwischen MVZ und Facharztpraxen. Die Einzelpraxis könne die in Zukunft notwendigen hohen Investitionen in eine moderne Medizin nicht mehr stemmen. Dr. Thomas Scharmann, Vorsitzender der GFB Bayern, befürchtete, dass die niedergelassenen Fachärzte aufgrund von Wettbewerbsverzerrungen auf der Strecke bleiben würden.

Jodok Müller (BLÄK)

Deutsch-Bosnisch-Herzegowinisches Symposium

Am 11. September 2009 fand im großen Saal der Bayerischen Landesärztekammer (BLÄK) das Deutsch-Bosnisch-Herzegowinische Symposium 2009 statt. Thema war die ärztliche Selbstverwaltung in Bosnien-Herzegowina.

Dr. Rudolf Burger, M. Sc., Hauptgeschäftsführer der BLÄK, begrüßte die Gäste der verschiedenen Kantone Bosnien-Herzegowinas, der Entität Srpska, der Hans-Neuffer-Stiftung, der World Medical Association und der Deutschen sowie Österreichischen Bundesärztekammer.

Der Präsident der BLÄK, Dr. H. Hellmut Koch, hieß die Gäste im Ärztehaus Bayern in München willkommen. „Bayern/Deutschland und Bosnien-Herzegowina können beide von den unterschiedlichen Traditionen in den jeweiligen Ländern profitieren. Zusammen können wir für eine noch besser aufgestellte ärztliche Selbstverwaltung sorgen. Gute Medizin lebt vom gemeinsamen Engagement über regionale und hierarchische Grenzen hinweg, davon bin ich überzeugt!“, erklärte der Präsident in seiner Rede.

Die Repräsentanten der verschiedenen Kantone der Föderation Bosnien-Herzegowina und der Entität Srpska stellten ihre Erfahrungen in der ärztlichen Selbstverwaltung vor.

In der Föderation Bosnien-Herzegowina gebe es in den zehn Kantonen neun teilweise noch sehr junge und unerfahrene ärztliche Selbstverwaltungen. Eine gemeinsame Kammervereinigung wie in der Republik Srpska gebe es in der Föderation bislang nicht.

Professor Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Vilmar von der Hans-Neuffer-Stiftung und Ehrenpräsident der Bundesärztekammer (BÄK) erwähnte in seinem Vortrag, dass die bestmögliche Aus-



Teilnehmer des Deutsch-Bosnisch-Herzegowinischen Symposiums in der BLÄK.

bildung der Ärzte und somit die bestmögliche medizinische Versorgung in einem Land sichergestellt werden müsse. Die durch die Politik verursachten Probleme wie die Geldbegrenzung, denen die Ärzteschaft ins Auge blicken müsse, seien nur gemeinsam kommunizierbar.

Auch Deutschland sei kein homogenes Land, stellte Dr. Frank Ulrich Montgomery, Vizepräsident der BÄK, in seinem Vortrag fest. Einheitlichkeit sei nicht gleich Einheit. Die verschiedenen Landesärztekammern müssten Einheit zeigen, sie würden jedoch nicht einheitlich behandeln und behielten ihre Autonomie. Wichtig wäre, nicht das Ziel aus den Augen zu verlieren, welches die BÄK verfolge: Gleiche Lebensbedingungen und medizinische Versorgung für alle in Deutschland. Vorteile einer Dachorganisation der Ärztekammer, wie beispielsweise die BÄK in Deutschland, seien auch für Bosnien-Herzegowina gleiche Bedingungen für Ärzte im ganzen Land. Ärztliche Selbstverwaltung – jetzt oder nie – sei die Devise.

„In der Welt sind wir nur gemeinsam stark, alles andere ist sinnlos“, meinte der Generalsekretär der World Medical Association Dr. Otmar Kloiber.

Im anschließenden von Montgomery moderierten Gespräch wurde deutlich, dass die Grundzüge des Verständnisses über eine Ärztekammer in allen Kantonen der Föderation und in der Republik Srpska gleich seien. Wichtig sei, dass die Ärzteschaft Bosnien-Herzegowinas eine gemeinsame Stimme für ihren Staat bilde. Die Ärztekammern müssten handeln und eine gemeinsame Vereinigung gründen, bevor die Politik dies durch Gesetze erschwere oder hindere.

Am Ende war sich die Diskussionsrunde einig und unterschrieb die von Frank Ulrich Montgomery formulierte Absichtserklärung, in der sich die anwesenden Vertreter der Kantone der Föderation unformal bereit erklärten, zuerst eine

föderale Ärztevereinigung in der Föderation zu gründen. Danach werde zusammen mit der Republik Srpska eine Dachorganisation der Ärztekammer für Bosnien-Herzegowina gegründet.

Theresa Amann (BLÄK)

Berufsbildungsausschuss für Medizinische Fachangestellte

Der Berufsbildungsausschuss der Bayerischen Landesärztekammer ist neu besetzt worden. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit hat in den Berufsbildungsausschuss folgende Mitglieder und Stellvertreter berufen:

Beauftragte der Arbeitgeber

Mitglieder

Dr. Markus Beck, Stadtbergen
Dr. Paul Gartmaier, Bad Feilnbach
Wolf-Dieter Grahn, Schwandorf
Dr. Traude Löscher, Neusäß
Dr. Heidemarie Lux, Fürth
Dr. Eckhard Schrickel, Murnau

Stellvertreter

Dr. Petra Bartsch, Traunstein
Dr. Rudolf Burger, M. Sc., München
Dr. Ingrid Graefe, Würzburg
Dr. Max Kaplan, München
Dr. Angelika Stadler, München
Barbara Steinhauser, Schirmitz

Beauftragte der Arbeitnehmer

Mitglieder

Käthe Oertel, Peiting
Gabriele Leybold, Aschaffenburg
Barbara Trauner, Andechs
Manuela Knorr, Augsburg
Gudrun Berger, Kolbermoor
Stefan Jagel, München

Stellvertreter

Annelie Heldeisen, Grafrath
Nadine Schittenhelm, Senden
Claudia Gentz, München
Barbara Zahn, München

Lehrer

Mitglieder

StDin Pauline Zikeli, München
StDin Eva Guse, Landshut
StD Johann Plank, Regensburg
StD Wolfgang Damberger, Passau
StD Gereon Rempe, Würzburg
OSTr Dr. Michael Reichert, Kempten

Stellvertreter

StD Rainer Rödel, Nürnberg
OSTrIn Ingrid Pfaffenrath, Bamberg

OStRin Claudia Fröhlich, Amberg
StDin Jutta Spang, Erlangen
OStR Albert Meyer, Schweinfurt
StDin Elisabeth Janott, Traunstein

Der Berufsbildungsausschuss hat die Aufgabe Rechtsvorschriften für die Durchführung der Berufsbildung zu beschließen. Er ist zudem in allen wichtigen Angelegenheiten der beruflichen Bildung zu unterrichten und zu hören.

Anja Wedemann (BLÄK)

Förderung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsstellen in Bayern

Die Bayerische Staatsregierung gewährt aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Zuwendungen für erstmalige und zusätzliche betriebliche Ausbildungsstellen. Die Förderung erfolgt ohne Rechtsanspruch im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Die Zuschüsse werden gewährt, um für benachteiligte Jugendliche zusätzliche Ausbildungsplätze in Bayern zu schaffen. Es sollen neue Betriebe für die Ausbildung gewonnen werden.

Zuwendungsempfänger sind unter anderem Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Angehörige der Freien Berufe.

Fördervoraussetzungen

Gefördert werden zusätzliche betriebliche Auszubildende mit einer Jugendlichen, die die allgemeinbildende Schule im Schuljahr 2009 mit höchstens qualifizierenden Hauptschulabschluss verlassen hat. Der Ausbildungsvertrag darf nicht vor dem 1. Juli 2009 abgeschlossen worden sein und die Bewerberin musste zu diesem Zeitpunkt ihren Wohnsitz in Bayern haben. Frühester Termin für den Ausbildungsbeginn ist ebenfalls der 1. Juli 2009, spätester Beginn der 31. Dezember 2009.

Art und Umfang der Förderung

Die Förderung wird als Zuschuss (Projektförderung) im Wege der Festbetragsfinanzierung für die Dauer der Berufsausbildung gewährt und beträgt pro Auszubildende 2.500 Euro. Findet die Ausbildung in den Arbeitsagenturbezirken Ansbach, Bamberg, Bayreuth, Coburg, Hof, Landshut, Schweinfurt, Weiden und Weiden statt, beträgt der Zuschuss 3.000 Euro. Bei Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses oder Wegfall von Voraussetzungen vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes ist der Zuschuss anteilig zurückzuzahlen.

Neben dieser Förderung gewährt die Bayerische Staatsregierung Mobilitätshilfen an

Auszubildende. Der Antrag muss bis spätestens drei Monate nach Beginn der Ausbildung beim Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS), Hegelstraße 2, 95447 Bayreuth (Bewilligungsbehörde), eingehen.

Nähere Informationen und Förderanträge unter: www.stmas.bayern.de/arbeit/bildung/fitforwork09.htm

Anja Wedemann (BLÄK)

Leitfaden Künstliche Ernährung und Flüssigkeitsversorgung

Die bedarfsgerechte Versorgung pflegebedürftiger Menschen mit Flüssigkeit und Nährstoffen stellt Pflegende, aber auch die beteiligten Ärzte und Angehörige, vor besondere Herausforderungen. In jedem Einzelfall müssen alle Möglichkeiten, eine natürliche Ernährung aufrechtzuerhalten oder wieder aufzunehmen, ausgeschöpft und die Vor- und Nachteile einer künstlichen Ernährung abgewogen werden. Die Fragen, die im Zusammenhang mit der Ernährung und Flüssigkeitsversorgung pflegebedürftiger Menschen auftauchen, sind hochkomplex und häufig emotional sehr belastend. Neben medizinischen und pflegerischen Aspekten sind es auch die ethischen und rechtlichen Fragestellungen, die Angehörige, Betreuende, Pflegende und Ärzteschaft beschäftigen. Daher hat eine Expertengruppe des Bayerischen Landes-



pflegeausschusses den Leitfaden „Künstliche Ernährung und Flüssigkeitsversorgung in der Pflege“ erarbeitet. Er soll Pflegenden, aber auch Angehörigen und Ärzteschaft Orientierung und Sicherheit im Umgang mit Fragen der künstlichen Ernährung alter, pflege- und hilfsbedürftiger Menschen und ihrer Alternativen geben.

Der Leitfaden ist unter www.verwaltung.bayern.de (unter der Rubrik Broschüren bestellen) kostenfrei zu beziehen.

Anzeige

Studienplatzprozess Studienbewerber Medizin/ Zahnmedizin

Keinen Studienplatz über die ZVS?
Kennen Sie die Möglichkeit, auf
dem Klageweg den gewünschten
Studienplatz zu erhalten?

Infos: RAe Stegmaier u. Bolsinger
Heidenäckerstr. 7 a
69207 Sandhausen
Tel. (06224) 5 20 41
Fax (06224) 5 06 41
www.ra-stegmaier.de